
Sociology in Switzerland

Politik und Parteien im Wandel

Wer engagiert sich noch für die Umwelt?

Hans Geser
Zürich, August 2003

Inhalt:

1. Einleitung.....	2
2. Fragestellung und Methodologie	3
3. Empirische Ergebnisse.....	4
3.1 Generelle Entwicklungen	4
3.2 Konvergenzen und Divergenzen zwischen den politischen Parteien	5
3.3 Sonderentwicklungen in den drei Sprachregionen.....	7
3.4 Der Einfluss der Gemeindegrösse	11
4. Schlussfolgerungen	14
Literatur	15

Bibliographische Zitierung:

Geser Hans: Wer engagiert sich noch für die Umwelt? In: Prof. Hans Geser: Online Publikationen. Zürich, August 2003 http://socio.ch/par/ges_06.pdf

1. Einleitung

Die meisten ökopolitischen Themen, die die politische Diskussion der 70er und 80er-Jahre beherrschten, haben inzwischen drastisch an Bedeutung verloren. Weder in den Medien noch in den Parteien oder Parlamenten wird beispielsweise noch vom Waldsterben gesprochen, obwohl sich der Zustand der Forste, der vor 15 Jahren fast apokalyptische Visionen ausgelöst hatte, nachweislich kaum verbessert hat; Klimaveränderungen scheinen in der Masse, wie sie sich faktisch beschleunigen, in den Parlamenten immer weniger Aufmerksamkeit zu finden; und Landschaftsschutzanliegen werden fast nur noch von Verwaltungsstellen und ihnen nahestehenden Forschungs- und Planungsbüros betreut, obwohl die Zersiedelung weiter voranschreitet und eine entsprechende Expansion des Strassennetzes und Verkehrsaufkommens nach sich zieht.

Statt dessen sind einerseits *sozial- und wirtschaftspolitische Probleme* ins Zentrum des öffentlichen Scheinwerferlichts gerückt, die wieder unmittelbarer mit der materiellen Lebenssituation und ökonomischen Zukunftsperspektive jedes Einzelnen im Zusammenhang stehen; und andererseits *moralische Themen* (z. B. Drogensucht, Rassismus, Beziehungen der Geschlechter, Migrations- und Einbürgerungspolitik) die im Gegensatz zu technokratischen Umweltfragen den "Vorteil" haben, dass sich jedermann ohne besonderes Fachwissen eine prägnante Meinung darüber bilden kann. Die "Grünen" selber haben - immerhin ohne Änderung ihres Namens - die Schwerpunkte ihrer Parteipolitik auf derart soziale Aspekte hin verschoben, in denen eher Interaktionen zwischen Menschen (statt Beziehungen zwischen Mensch und Natur) im Vordergrund stehen.¹

Sicher sind mit diesem Wechsel des Agenda-Setting sowohl kognitive wie evaluative Wandlungen verknüpft: *kognitiv* in dem Sinne, dass man Umweltprobleme weniger aufmerksam wahrnimmt und sich weniger um differenzierte Informationen darüber bemüht; *evaluativ* in der Hinsicht, dass man ihnen weniger Relevanz beimisst und weniger bereit ist, zu ihrer Erreichung auf andere politische Zielsetzungen (z. B. auf die Sicherheit der Arbeitsplätze oder die ökonomische Entwicklung bisheriger Randregionen) zu verzichten. Allerdings gibt es Grund zur Vermutung, dass es neben diesem generellen Trend vielfältige Sonderentwicklungen gibt, die mit den Merkmalen der Partei einerseits und den Eigenheiten ihres kommunalen Kontexts andererseits zusammenhängen.

Erstens dürfte es von Bedeutung sein welcher übergeordneten Kantons- und Bundespartei eine Lokalpartei angehört, und welche generelle ideologische Ausrichtung (z. B. auf der Links-Rechts-Dimension) sie besitzt. Insbesondere ist damit zu rechnen, dass sozialdemokratische (bzw. auch andere: linksstehende) Gruppierungen noch erheblich stärker vom Wertekanon der früheren Umweltbewegungen geprägt sind als rechtsstehende Parteien (z. B. der SVP), die sich nie wesentlich mit diesen Anliegen identifiziert haben und deshalb jetzt leichter von jeglichen ökologischen Rücksichten Abschied nehmen können.

Zweitens stellt sich im Falle der Schweiz die Frage, inwiefern sich der ökologische Niedergang in allen drei Sprachregionen (die gleichzeitig Kulturregionen sind) auf parallele und synchrone Weise vollzieht. Möglicherweise ist die Umweltpolitik nach wie vor am stärksten in der deutschen Schweiz verankert, die auch in früheren Jahrzehnten sehr viel stärker als die Romandie und der Tessin von den Ideen der Umweltbewegungen geprägt worden ist.² Ande-

¹ vgl. "Der Wald lebt, die Grünen halten durch." (in: Neue Züricher Zeitung, 23. 05. 2003: 13).

² Vgl. die Ergebnisse des von A. Diekmann und A. Franzen 1994 im Rahmen des ISSP durchgeführten Umwelt Survey (Diekmann/Franzen 1996); sowie auch: UNIVOX II Umwelt 1998 (Sonja Wälti et. al.) GfS Bern 1998.

rerseits wäre aber auch denkbar, dass die Umweltideen genau umgekehrt momentan eher in den romanischen Landessteilen (noch) lebendig sind, weil sie im Zuge ihrer Ost-West- (bzw. Nord-Süd) Diffusion erst kürzlich dort Fuss gefasst haben.

Drittens könnte es relevant sein, ob eine Ortspartei eher im ländlichen oder städtischen Kontext beheimatet ist. So wäre es denkbar, dass die Umweltprobleme im grossstädtischen Milieu allein aufgrund ihres objektiven Umfangs eine grössere Aktualität beibehalten haben als in vorstädtischen Agglomerationen oder in ruralen Gebieten. Andererseits wäre aber auch denkbar, dass die umweltpolitischen Ideologien, die zweifellos von den Städten ihren Ausgang genommen haben, erst kürzlich in den ländlichen Gebieten "angekommen" sind, während sie im Ursprungskontext vielleicht bereits wieder anderen Themenschwerpunkten Platz gemacht haben.

2. Fragestellung und Methodologie

Im Folgenden sollen Wandlungen in der Evaluation von Umweltproblemen im Vordergrund stehen, wie sie auf der Ebene lokaler Parteisektionen im Zeitraum zwischen 1989 und 2002 stattgefunden haben. Im Vordergrund steht die Frage, wie sich die Bedeutung verschiedener ökopolitischer Fragen bei den Schweizer Parteien generell verändert hat, und welche Sonderentwicklungen innerhalb verschiedener Parteirichtungen, Gemeindetypen und Landesteile erkennbar sind.

Empirisch stützt sich die Arbeit auf die Ergebnisse von zwei praktisch identischen Untersuchungen (vom Herbst 1989 und Herbst 2002) am Soziologischen Institut der Universität Zürich, in die alle (ca. 5000) Ortsparteien in den Gemeinden der Schweiz einbezogen worden sind. Allen Präsidentinnen und Präsidenten dieser lokalen Gruppierungen wurde ein umfangreicher Fragebogen zugeschickt, in dem sie aufgefordert wurden, über die Anhängerbasis und Organisationsstruktur, die ideologischen und sachpolitischen Positionen, die inneren Prozesse und die externen politischen Aktivitäten der Partei detaillierte Auskünfte zu geben. Bei beiden Surveys wurden jeweils rund 2600 Fragebogen ausgefüllt zurückgesandt (d. h. rund 50%). Bei rund 80% dieser Gruppierungen handelt es sich um die Lokalsektionen der vier landesweit tätigen grossen Bundesratsparteien (FDP, CVP, SVP und SP); bei weiteren 8% um die örtlichen Filialen kleinerer Parteien, und bei den restlichen 12% um autonome lokale Gruppierungen ohne Einbindung in kantonale oder nationale Organisationen. In beiden Umfragen mussten die Informanten in folgender Weise über die sachpolitischen Einstellungen ihrer Gruppierung Auskunft geben:

"Verschiedene politische Parteien unterscheiden sich danach, wie sie zu zentralen politischen Fragen unserer Zeit Stellung beziehen. Können Sie uns sagen, ob die aktiven Mitglieder Ihrer Ortspartei den folgenden politischen Positionen mehrheitlich zustimmen oder ablehnend (bzw. mit geteilter Meinung) gegenüberstehen?

- 1) Bei allen wichtigen Entscheidungen muss geprüft werden, ob sie verträglich für die Umwelt sind.*
- 2) Man muss dafür sorgen, dass der Umweltschutz nicht auf Kosten der Wirtschaftsentwicklung betrieben wird.*
- 3) Besserer Schutz des Orts- und Landschaftsbildes durch strengere Bauvorschriften.*
- 4) Stärkere Verkehrsberuhigungsmassnahmen in den Wohnquartieren."*

In beiden Untersuchungen waren durchschnittlich über 95 der Befragten bereit (bzw. in der Lage), über die innerhalb ihrer Gruppierung vorherrschende sachpolitische Einstellung Auskunft zu geben.

Überdies wurden die Informanten aufgefordert, die ökopolitische Position ihrer Partei auf einer Zehnerskala (von 10: "kompromisslose Befürwortung grüner Politik" bis 1 („kompromisslose Ablehnung grüner Politik“) zu charakterisieren. Damit sollte - ähnlich wie mit der Links-Rechtsskala - die umweltpolitische Einstellung auf einer generellen ideologischen Ebene angesprochen werden, die nur in beschränktem Masse mit den - von vielen situativen Gegebenheiten mitbeeinflussten - konkreten sachpolitischen Stellungnahmen korreliert. Die hohe Interkorrelation mit der Links-Rechteinstufung ($R = .66$) zeigt, dass die "Grün-Antigrün-Achse nicht im selben Masse als eine unabhängige zweite Dimension politischer Ideologie aufgefasst werden kann - vor allem weil es an linken Gruppierungen, die sich von grüner Politik distanzieren, fast vollkommen fehlt.

3. Empirische Ergebnisse

3.1 Generelle Entwicklungen

Eine Gegenüberstellung der beiden Gesamtstichproben zeigt deutlich, dass der Zustimmungsgang zu allen vier ökopolitischen Anliegen im Vergleichszeitraum abgenommen hat (Tab 1).

Tabelle 1: Einstellung der Mitgliederbasis Schweizerischer Lokalparteien zu vier ökopolitischen Fragen 1989 und 2002 aus Sicht der Parteipräsidenten. (Prozentwerte; N = ca. 2400)

	Mehrheit zustimmend		Meinungen geteilt		Mehrheit ablehnend	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002
Umweltverträglichkeit aller Entscheidungen prüfen	73.1%	57.7%	24.0%	34.4%	2.9%	7.9%
Umweltschutz geht vor Wirtschaftsentwicklung	19.3	17.0	44.5	38.2	26.1	44.8
Schutz der Landschaft durch strengere Bauvorschriften	60.1	44.5	31.9	35.4	8.0	20.1
Stärkere Verkehrsberuhigung in Wohnquartieren	65.0	57.8	26.1	25.5	9.0	16.7

Nur noch gut die Hälfte aller Parteien (im Vergleich zu 73% im Jahre '89) sind dafür, dass im Falle öffentlicher Bauten (und anderer ökologisch relevanter politischer Entscheidungen) eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattzufinden habe, und deutlich weniger als die Hälfte (im Vergleich zu 60%) würde strengeren Orts- und Landschaftsschutzaufgaben ihre Zustimmung geben. Auch in der - 1989 noch sehr kontrovers diskutierten - Frage, ob Umweltschutz oder Wirtschaftsentwicklung Priorität habe, haben inzwischen die Gegner zahlenmässig die Oberhand erhalten. Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Wohnquartieren werden zwar nach wie vor mehrheitlich unterstützt, aber auch hier hat sich eine deutlich angewachsene Minderheit von Gegnern etabliert.

Insgesamt unterstützen die Ergebnisse die Vermutung, dass ökopolitische Probleme und Forderungen während der 90er-Jahre auf breiter Front an Zustimmung verloren haben, während umgekehrt die Fraktion dezidierter Gegner bei allen Themen erheblich zugenommen hat. Auch die Positionierungen auf der Grün-Antigrün-Skala haben sich - wenn auch nicht ganz so spektakulär - in dieselbe Richtung verändert (Tab 2). Alle niedrigen Skalenwerte 1 bis 5 sind 2002 häufiger als dreizehn Jahre früher gewählt worden, alle Werte in der oberen Skalenhälfte (6 bis 10) weniger häufiger. Diese Verschiebung - die sich auch in der Verringerung des arithmetischen Mittelwerts ausdrückt - ist gemäss dem Kruskal Wallis Test (der die beiden Samples als unabhängige Stichproben behandelt) statistisch hoch signifikant. In der Erhöhung der Standardabweichung (von 1.75 auf 1.87) kommt zusätzlich die Tendenz zu einer breiteren Häufigkeitsverteilung zum Ausdruck, in der sich nur noch 54% aller Einheiten (statt 61.5% im Jahre 1989) auf die drei modalen Werte (6 bis 8) konzentrieren.

Tabelle 2: Häufigkeitsverteilung der Schweizer Lokalparteien auf der "grün - antigrün - Skala 1989 und 2002 (Prozentwerte; N = ca. 2400)

Skalenwert	(N)	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	Mittelwert	Stand. abw.
1989	2474	.4%	.8	4.0	6.1	14.0	23.0	19.8	18.7	9.1	4.0	6.57	1.75
2002	2494	.6%	1.6	5.7	9.7	16.6	21.9	16.5	16.0	8.3	3.0	6.22	1.87
Kruskal-Wallis-Test : Chi-2 = 43.100 Asymp. T. Sign. < .001													

3.2 Konvergenzen und Divergenzen zwischen den politischen Parteien

In Tabelle 3 bestätigt sich die obige Vermutung, dass sich der Rückgang ökopolitischer Orientierungen weitgehend auf die bürgerlichen Parteien beschränkt. Dies trifft vor allem auf der ideologischen Ebene der "Grün-Antigrün-Skaleneinstufung zu, wo bei sozialdemokratischen und grünen Parteien überhaupt keine signifikanten Änderungen stattgefunden haben. Die deutlichsten Distanzierungen von Umweltpolitik zeigen sich erwartungsgemäss in der SVP, die 1989 noch in jeder Hinsicht der FDP sehr nahegestanden hat, heute aber eine von ihr deutlich abgehobene antiökologische Ausrichtung markiert. Noch dramatischer distanziert sie sich von der CVP, die zwar in der Forderung, dass Umweltschutz nicht auf Kosten der Wirtschaft betrieben werden dürfe, keineswegs aber in ihrer Unterstützung für Verkehrsberuhigungsmassnahmen mit den übrigen bürgerlichen Parteien konvergiert.

Andererseits ist bemerkenswert, dass auch die Sozialdemokratischen und sogar die Grünen (!) Parteien heute weniger als Ende der 80er-Jahre bereit sind, dem Umweltschutz gegenüber der Wirtschaftsentwicklung den Vorzug zu geben - und die SP-Sektionen sich überdies auch von Anliegen des Orts- und Landschaftsschutzes etwas stärker distanzieren. Man mag dies als Indiz dafür werten, dass die Abwendung von Geopolitik auf einem generellen gesellschaftlichen Wertewandel beruht, von der tendenziell Parteien jeder Richtung betroffen sind - und nicht auf Sonderentwicklungen innerhalb eines bestimmten politischen Lagers.

Tabelle 3: Einstellung der Lokalparteien zu vier ökologischen Fragen 1989 und 2002 nach Parteizugehörigkeit (gesamte Schweiz) *

Grad der Zustimmung bzw. Ablehnung:	Partei									
	FDP		CVP		SVP		SP		GP	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002	1989	2002	1989	2002
Umweltverträglichkeit aller Entscheidungen prüfen	+55	+28	+72	+44	+59	+16	+85	+84	+100	+100
Umweltschutz geht vor Wirtschaftsentwicklung	-46	-48	-26	-44	-43	-51	+21	+08	+77	+52
Schutz der Landschaft durch strengere Bauvorschriften	+33	+02	+50	+19	+27	-13	+81	+62	+95	+93
Stärkere Verkehrsberuhigung in Wohnquartieren	+33	+18	+54	+41	+21	-16	+84	+86	+100	100
Mittelwert der Summen-variable "Zustimmungsgrad zu ökopolitischen Anliegen"	+69	+01	+151	+61	+65	-63	+272	+241	+375	+349
T-Wert (sign.)	6.862 (.000)		8.759 (.000)		9.143 (.000)		3.691 (.000)		2.091 (.039)	
(N =)	(543)	(495)	(465)	(400)	(243)	(363)	(501)	(473)	(45)	(78)
Position auf der Grün-antigrün-Skala	5.71	5.39	6.13	5.78	5.60	4.81	7.87	7.73	9.60	9.34
T-Wert (sign.)	3.767 (.000)		4.054 (.000)		7.053 (.000)		1.653 (.098)		1.872(.064)	
(N =)	(623)	(558)	(550)	(452)	(278)	(407)	(542)	(525)	(48)	(79)

* Die Zahlen sind das arithmetische Mittel von individuellen Skalenwerten, die folgendermassen festgelegt wurden: Zustimmung = +100 geteilte Meinung = 0 Ablehnung = -100.

Dementsprechend haben sich auch die relativen umweltpolitischen Differenzen zwischen den Parteien nicht wesentlich verändert - auch wenn dank der SVP eine erhöhte Polarisierung eingetreten ist, die bekanntlich auch in anderen (z. B. sozialpolitischen) Feldern ihren Ausdruck findet (vgl. Geser 2003a).

Ordnet man die Lokalparteien nach ihrer Position auf der Links-Rechts-Skala, stellt fest, dass nicht nur rechtsstehende Sektionen, sondern auch Parteien der Mitte sehr viel erheblichere Wandlungen als extrem linke und gemässigt linke Gruppierungen vollzogen haben. (Tabelle 4).

Tabelle 4: Ökologische Orientierung der Lokalparteien 1989 und 2002: nach Position auf der Links-Rechts-Skala

	Position der Partei auf der Links-Rechts-Skala									
	Extrem Links (1,2)		Mässig links (3,4)		Mitte (5,6)		Mässig rechts (7,8)		Extrem rechts (9,10)	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002	1989	2002	1989	2002
Zustimmungsgrad zu ökopoli- tischen Anliegen (Gesamtin- dex)	+317	+281	+264	+231	+147	+70	+82	-24	+55	-34
T (sign.)	2.945 (.003)		3.968 (.000)		8.963 (.000)		12.165 (.000)		3.315 (.001)	
Position auf der Grün-antigrün-Skala	8.78	8.49	7.82	7.74	6.44	5.92	5.58	5.11	5.22	4.51
T (sign.)	2.637 (.009)		.941 (.347)		7.892 (.000)		6.190 (.000)		2.663 (.008)	
(N =)	(146)	(183)	(499)	(508)	(700)	(661)	(681)	(734)	(113)	(79)

Vor allem fällt auf, dass moderat linke Parteien ihre *generelle* ökopolitische Ausrichtung (=Position auf der Grün-Antigrün-Skala) nicht signifikant verändert haben, obwohl sich ihre Unterstützung für die vier konkreten sachpolitischen Anliegen ebenfalls verringert hat. Auf sachpolitischer Ebene haben sich die gemässigt rechten Gruppierungen derart stark von ökologischen Anliegen distanziert, dass sie sich heute kaum mehr von extrem rechten Parteien unterscheiden. Bezüglich der generellen grün-antigrün-Orientierung hingegen haben die Differenzen sogar zugenommen, da die extrem rechten Ortsgruppen eine drastische Skalenverschiebung (um durchschnittlich 0.73 Punkte) vorgenommen haben.

So bestätigt sich insgesamt der Eindruck, dass im Schweizer Parteiensystem seit 1989 ein Niedergang ökopolitischer Orientierungen stattgefunden hat, der auf der Überlagerung von zwei analytisch unterscheidbaren Teilentwicklungen beruht:

Erstens hat eine sehr generelle, wahrscheinlich mit dem gesellschaftlichen Kulturwandel in Zusammenhang stehende Abschwächung ökologischer Werte stattgefunden, von der Parteien jeglicher ideologischer Ausrichtung mitbetroffen sind.

Zweitens lässt sich zusätzlich eine auf die politische Mitte und die rechte Skalenhälfte beschränkte Abwendung von der Ökopolitik feststellen: mit der Folge, dass heute eine insgesamt stärkere umweltpolitische Polarisierung als Ende der 80er-Jahre besteht. Vor allem hat sich zwischen gemässigt linken und zentristischen Parteien eine erhebliche ökopolitische Kluft geöffnet, die mit relativ geringeren Distanzen in vielen anderen (z. B. sozial- und finanzpolitischen) Einstellungen kontrastiert.

3.3 Sonderentwicklungen in den drei Sprachregionen

Obwohl alle drei Sprachregionen von der Entwicklung betroffen sind, ist es die überraschenderweise die deutsche Schweiz, in der die Umweltpolitik weitaus am meisten Boden verloren hat (Tab. 5 und Tab. 6). In der Romandie hat zwar die Unterstützung für konkrete ökologische Anliegen viel weniger abgenommen, und die Verschiebung auf der Grün-Antigrün-

Achse erreicht keine statistische Signifikanz. Im Tessin ist umgekehrt eine relativ deutliche Skalenverschiebung festzustellen, während sich die Unterstützung für konkrete Umweltanliegen wenig verringert hat und heute weitaus höher als in den übrigen Landesteilen rangiert.

Der dramatische Bedeutungsverlust der Ökopolitik in den deutschsprachigen Kantonen erstaunt vor allem deshalb, weil sie lange Jahre eine umweltpolitische Vorreiterrolle spielten: durch virulente Umweltschutzbewegungen, die in den romanischen Sprachregionen durchwegs weniger Anklang und Zulauf gefunden haben, und durch Initiativen und Abstimmungsergebnisse, die den Anliegen des Umweltschutzes auf Verfassungs- und Gesetzesstufe zum landesweiten Durchbruch verholfen haben.

Möglicherweise trifft die oben (vgl. 1) erwähnte diffusionstheoretische Hypothese zu, wonach die von der deutschen Schweiz ausgehenden ökologischen Ideen erst vor relativ kurzer Zeit die romanischen Landesteile erreicht haben (und dort bis heute auf relativ hohem Niveau stagnieren), während in ihrem Ursprungskontext bereits wieder andere Themen Platz ergriffen haben.

Tabelle 5: Zustimmungsgrad der Lokalparteien zu ökopolitischen Anliegen 1989 und 2002: nach Sprachregionen (Mittelwerte und Standardabweichungen).

	Sprachregion					
	deutsch		französisch		italienisch	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002
Mittelwert	1.62	.763	1.51	1.14	1.72	1.51
Standardabweichung	1.73	2.00	1.52	2.05	1.22	1.46
F-Test (sign.)	171.682 (.000)		7.088 (.008)		2.884 (.090)	

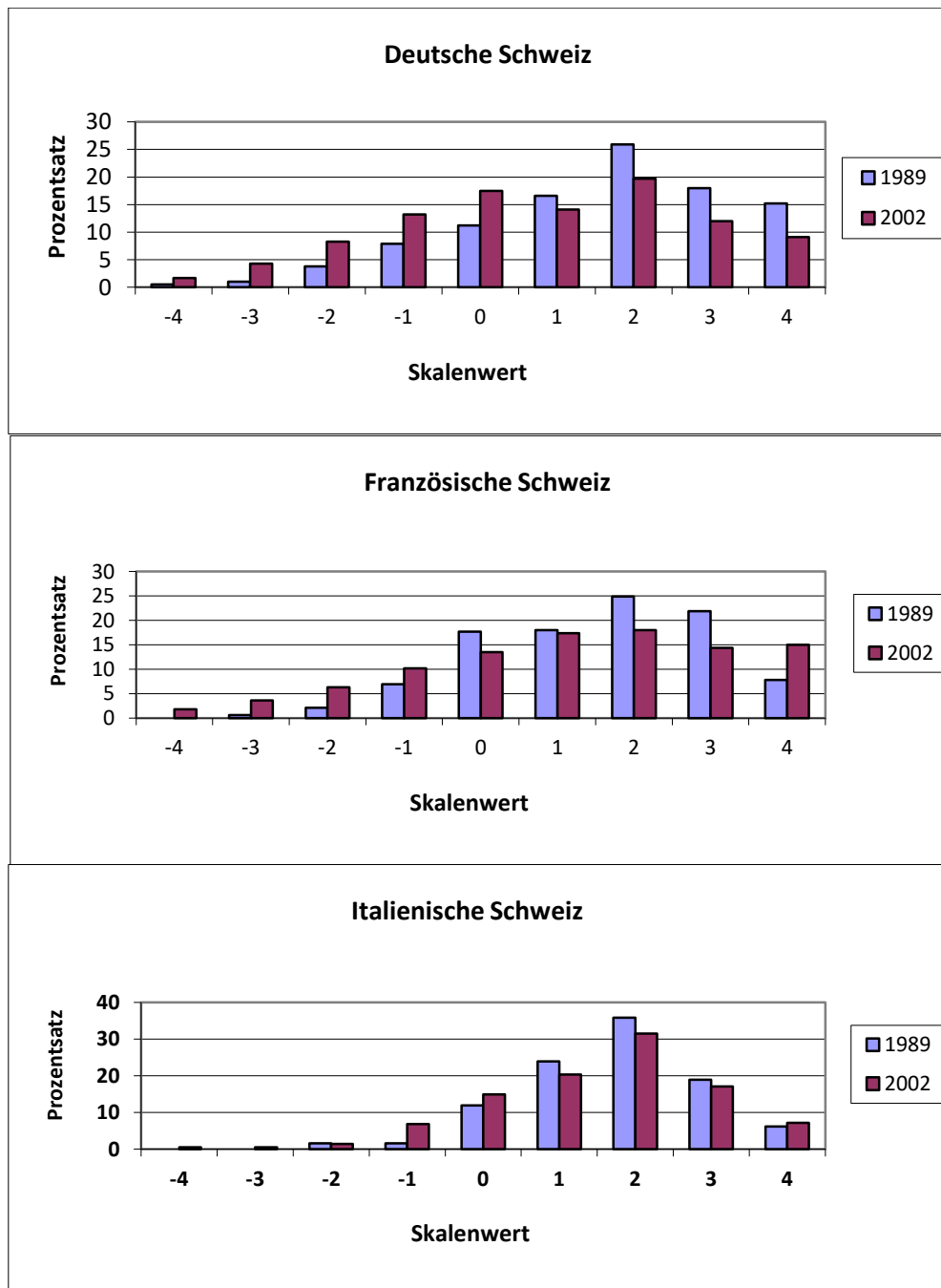
Tabelle 6: Durchschnittliche Position der Lokalparteien auf der Grün-Antigrün-Achse 1989 und 2002: nach Sprachregionen (Mittelwerte und Standardabweichungen)

	Sprachregion					
	deutsch		französisch		italienisch	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002
Mittelwert	6.58	6.21	6.50	6.40	6.61	6.11
Standardabweichung	1.76	1.89	1.75	1.83	1.69	1.69
F-Test (sign.)	37.599 (.000)		.575 (.449)		11.747 (.001)	

Neben der Veränderung der arithmetischen Durchschnittswerte ist bemerkenswert, wie sehr die Standardabweichungen im Beobachtungszeitraum fast durchwegs zugenommen haben (Tab 5/6). Darin widerspiegelt sich ein wachsendes Mass an umweltpolitischer Divergenz,

das in der antiökologischen Entwicklung zentristischer und rechtsgerichteter Gruppierungen ihre Hauptursache hat. Bei einem Zeitvergleich der regionalen Häufigkeitsverteilungen (Figur 1) zeigt sich, dass 1989 noch überall eine deutlich unimodale Verteilung (mit dem Modalwert 2) vorgelegen hat, während heute vor allem im deutschen und französischen Sprachraum flachere Verteilungen vorherrschend sind. So profilieren sich die Parteien der italienischen Schweiz heute nicht nur durch hohe Durchschnittswerte an ökologischer Orientierung, sondern auch durch eine überdurchschnittliche Konsensualität.

Figur 1: Häufigkeitsverteilung der Lokalparteien auf der Variable „Zustimmungsgrad zu ökopolitischen Anliegen“ 1989 und 2002: nach Sprachregion



Eine Aufgliederung der Stichprobe nach ideologischer Parteiorientierung zeigt, dass ausschliesslich in der deutschen Schweiz auch linksstehende und zentristische Parteien zur Ab-

kehr von der Umweltpolitik beigetragen haben, während sich dieser Beitrag in den übrigen beiden Landesteilen weitgehend auf Parteien rechts der Mitte beschränkt (Tab 7). Sowohl in der Romandie wie im Tessin haben linke Parteien ihre Zustimmung zu ökopolitischen Anliegen (und im Tessin auch ihre generelle Grünorientierung) im Vergleichszeitraum umgekehrt sogar noch erhöht (!).

Tabelle 7: Ökologische Orientierung der Lokalparteien 1989 und 2002: nach Sprachregion und ideologischer Links-rechts-Orientierung.

Sprachraum:		Position auf der Links-Rechts-Achse					
		Links (1-4)		Mitte (5-6)		Rechts (7-10)	
		1989	2002	1989	2002	1989	2002
Deutsch	Zustimmung zu ökopolitischen Anliegen	+296	+239	+154	+60	+70	-43
	T (sign.)	7.009 (.000)		9.204 (.000)		11.803 (.000)	
	Grün-antigrün-Skalenwert	8.24	8.06	6.48	5.97	5.48	4.89
	T (sign.)	2.540 (.011)		6.601 (.000)		.7.284 (.000)	
Französisch	Zustimmung zu ökopolitischen Anliegen	+234	+268	+129	+87	+84	+13
	T (sign.)	-1.818 (.070)		1.577 (.117)		3.570 (:000)	
	Grün-antigrün-Skalenwert	7.59	7.57	6.33	5.90	5.58	5.80
	T (sign.)	.104 (.918)		2.059 (.041)		-1.098 (.273)	
Italienisch	Zustimmung zu ökopolitischen Anliegen	+229	+254	+132	+107	+165	+88
	T (sign.)	-1.289 (.199)		1.439 (.152)		3.243 (.002)	
	Grün-antigrün-Skalenwert	7.49	7.64	6.33	5.64	5.97	5.10
	T (sign.)	-.642 (.522)		4.310 (.000)		2.701 (.007)	

Mit andern Worten: die Linke der Deutschschweiz hat ihre - Ende der 1980er-Jahre noch deutlich sichtbare - ökopolitische Führungsposition aufgegeben und an ihre romanischen Schwesterparteien (vor allem aus der Romandie) abgetreten. Umgekehrt hat die politische Rechte im deutschsprachigen Raum eine antiökologische Führungsrolle erworben, mit der sie sich vor allem gegenüber rechtsstehenden Tessiner- Parteien, die ökologischen Anliegen viel aufgeschlossener gegenüberstehen, in zunehmendem Masse distanziert.

Diese zunehmend enge Beziehung zwischen "rechts" und "antiökologisch" ist auch der Grund, warum der Zustimmungsgrad zu Umwelthanliegen im deutschen Sprachraum stärker

als in andern Landesteilen (und zunehmend) mit der Position auf der Links-Rechts-Achse wie auch mit der Einstellung zu zahlreichen anderen politischen Sachfragen korreliert (Tab. 8). In wachsendem Masse scheint die Deutschschweizer Parteipolitik entlang einer einzigen ideologischen Achse organisiert zu werden, die klassische Links-Rechts-Fragen (z. B. wirtschafts- und sozialpolitischer Natur) und Umweltfragen in einen umfassenden Zusammenhang integriert. Vor allem hat die Korrelation mit sozial- und asylpolitischen Einstellungen ein Ausmass angenommen, das wohl kaum durch intrinsische sachliche Zusammenhänge gerechtfertigt werden kann. Obwohl analoge Tendenzen ideologischer Assimilation auch in den beiden übrigen Landesteilen vorangeschritten sind, scheint die Umweltpolitik vor allem im Tessin bis heute nur sehr lose in die Links-Rechts-Dimension integriert. Möglicherweise werden ökologische Einstellungen hier sehr viel stärker durch pragmatische und situative Faktoren bestimmt. Beispielsweise wäre denkbar, dass ungünstige bauliche und verkehrsmässige Entwicklungen in diesem Tourismuskanton zur Folge haben, dass sich Parteien jeder Couleur für ökologische Themen sensibilisieren.

Tabelle 8: Korrelation zwischen ökopolitischer Orientierung und anderen politischen Einstellungen: nach Sprachregion

Zustimmungsgrad zu ökopolitischen Anliegen /	Sprachregion					
	deutsch		französisch		italienisch	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002
Position auf der Links-Rechts-Skala	+55**	+61**	+46**	+55**	+28**	+43**
Erhöhung des Arbeitnehmereinflusses	+49*	+51*	+36*	-47*	+20*	+34*
Verringerung der Steuerbelastung	-38*	-48*	-20*	-42**	-19*	-29*
Weniger staatliche Regulierung	-46*	-47*	-42*	-41*	-24*	-35*
Mehr Hilfe für Flüchtlinge / Asylanten	+55*	+64*	+50*	+64*	+41*	+34*
Mehr Sozialausgaben	+54*	+64*	+36*	+50*	+33*	+31*

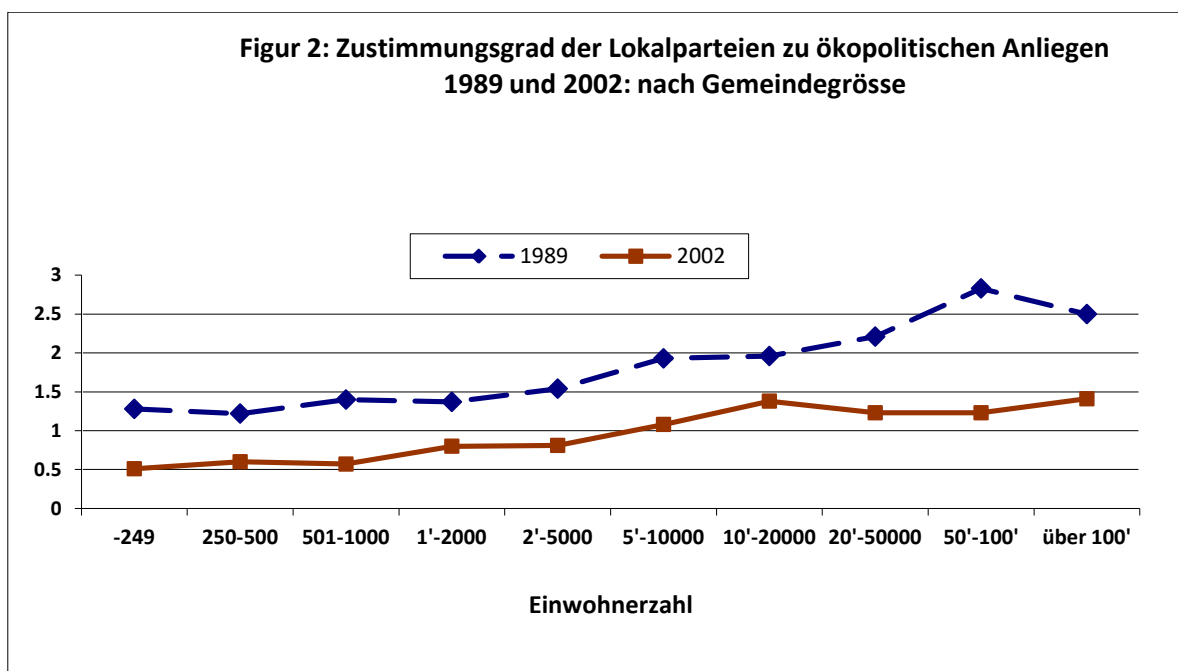
* $p > .05$

3.4 Der Einfluss der Gemeindegrösse

Umweltpolitik ist aus zwei sehr verschiedenen Gründen im städtischen Kontext entstanden. Erstens haben sich dort im Zuge der Siedlungsverdichtung und des wirtschaftlichen Wachstums vielfältige ökologische Probleme derart intensiviert, dass die Politik aus objektiven Gründen schon früh darauf reagieren musste. Und zweitens haben sich Städte wie schon oft in der Geschichte als Brutstätten neuer Ideologien und sozialer Bewegungen erwiesen, die nach und nach auch kantons- und landesweit Bedeutung erlangten.

So ist es nicht erstaunlich, dass man sowohl 1989 und 2002 eindeutige positive Korrelationen zwischen der Einwohnerzahl der Gemeinde und der durchschnittlichen ökopolitischen Orientierung der in ihr beheimateten Parteisektionen findet (Figur 2)

Eher überraschend erscheint hingegen das Ergebnis, dass in Gemeinden aller Grössenklassen ungefähr derselbe Rückgang an Umweltorientierung stattgefunden hat: allerdings mit Ausnahme der Städte über 20 000 Einwohner, wo die Distanzierung von ökologischen Anliegen weit überdurchschnittliche (!) Ausmasse angenommen hat. Diese Regularität widerspricht diametral der oben formulierten Hypothese, dass grössere Städte aufgrund ihrer nach wie vor drängenderen objektiven Umweltproblematik der Ökopolitik nach wie vor grosse Bedeutung beimessen würden. Mehr Plausibilität hat die Vermutung, dass der Trend zur Deökologisierung – genauso wie früher der Ökologisierungstrend – in erster Linie eine ideologisch motivierte Entwicklung darstellt, die – wie alle Entwicklungen dieser Art – in den grösseren Städten ihre primäre Entstehungs- und Ausbreitungsbasis besitzt.



Eine separate Analyse nach Parteirichtungen führt zum Ergebnis, dass dieser neue, antiökologische Trend eher von den *rechtsstehenden* als den linken städtischen Parteien getragen werden muss, denn nur diese ersteren sind es, die in Gemeinden über 10 000 Einwohner in den 90er-Jahren eine überaus signifikante Distanzierung von der Umweltpolitik vollzogen haben (Tab. 9). Parteien der Mitte haben nur in nichtstädtischen Gemeinden zur Abwendung von der Ökopolitik beigetragen, und Linksparteien haben ihre Zustimmung zu Umweltanliegen am stärksten in den kleinen Gemeinden (unter 2000 Ew.) reduziert.

So entsteht der Eindruck, dass die politische Linke in den Städten in „konservativer“ Manier an der ideologischen Hinterlassenschaft der Umweltbewegungen festgehalten hat, während sie sich in der Agglomeration und in ländlichen Regionen eher dem generellen Wertetrend geöffnet hat, der eine gewisse Abkehr von derartigen Positionen „verlangt“.

Auch die städtischen Parteien der Mitte haben sich eine relativ positive Einstellung zu ökologischen Forderungen bewahrt – und sich damit von der antiökologisch abdriftenden Rechten zunehmend distanziert.

Tabelle 9: Ökologische Orientierung der Lokalparteien 1989 und 2002: nach Position auf der Links-Rechts-Skala und Gemeindegrösse.

Gemeindegrösse:		Position auf der Links-Rechts-Achse					
		Links (1-4)		Mitte (5-6)		Rechts (7-10)	
		1989	2002	1989	2002	1989	2002
bis 2000	Zustimmungsgrad zu ökopolitischen Anliegen	+242	+196	+121	+68	+96	-15
	T (sign.)	3.034 (.003)		3.878 (.000)		8.833 (.000)	
	Grün-antigrün- Skalenwert	7.53	7.53	6.37	5.76	5.54	5.04
	T (sign.)	-.011 (.991)		5.906 (.000)		4.167 (.000)	
2000 - 10000	Zustimmungsgrad zu ökopolitischen Anliegen	+278	+248	+159	+57	+63	-24
	T (sign.)	3.214 (.001)		8.183 (.000)		3.570 (.000)	
	Grün-antigrün- Skalenwert	7.59	7.57	6.44	5.95	5.54	5.12
	T (sign.)	2.424 (.025)		5.169 (.000)		3.918 (.000)	
über 10000	Zustimmungsgrad zu ökopolitischen Anliegen	+316	+298	+184	+121	+78	-57
	T (sign.)	1.304 (.193)		2.721 (.007)		6.146 (.000)	
	Grün-antigrün- Skalenwert	8.51	8.54	6.67	6.24	5.59	4.87
	T (sign.)	-.241 (.810)		2.183 (.030)		3.139 (.002)	

Die ökologische Beharrungstendenz der Linken und der antiökologische Trend der Rechten haben in ihrem Zusammenwirken zur Folge, dass in den Städten die umweltpolitische Einstellung der Parteien überaus hoch mit ihrer Position auf der Links-Rechtsskala – sowie mit allen damit assoziierten sachpolitischen Einstellungen – korreliert (Tab. 10). Auch in kleineren Gemeinden ist zwar spürbar, dass ökologische Einstellungen zunehmend an die Links-Rechts-Skala – als nach wie vor zentrale Achse ideologischer und sachpolitischer Polarisierung – assimiliert werden, und damit auch mit den klassischen Sachthemen linker Politik in ein immer engeres positives Korrelationsverhältnis treten.

Tabelle 10: Korrelation zwischen ökopolitischer Orientierung und anderen politischen Einstellungen: nach Gemeindegrösse.

Korrelationen zwischen ökopolitischer Orientierung und:	Einwohnerzahl					
	bis 2000		2000-10000		Über 10000	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002
Position auf der Links-Rechts-Skala	+0.37**	+0.48**	+0.54**	+0.60**	+0.61**	+0.70**
Erhöhung des Arbeitnehmereinflusses	+0.29*	+0.38*	+0.50*	-0.51*	+0.54*	+0.60*
Verringerung der Steuerbelastung	-0.17*	-0.30*	-0.38*	-0.45**	-0.45*	-0.63*
Weniger staatliche Regulierung	-0.25*	-0.35*	-0.41*	-0.48*	-0.50*	-0.51*
Mehr Hilfe für Flüchtlinge / Asylanten	+0.43*	+0.53*	+0.51*	+0.61*	+0.53*	+0.73*
Mehr Sozialausgaben	+0.40*	+0.50*	+0.52*	+0.61*	+0.49*	+0.77*

* $p > .05$ ** $p > .01$

Aber es sind eindeutig die Städte, in denen dieser Assimilationsvorgang am weitesten vorangeschritten ist und eine „Eindimensionalität der politischen Kultur“ (vgl. Geser 1998) entstehen lässt, in der es kaum mehr Entfaltungsspielraum für ökologisch gesinnte Konservative oder „antigrün“ gefärbte Linksgruppierungen gibt. Darin mag sich die von Inglehart und Sidjanski bereits 1976 konstatierte Regularität widerspiegeln, dass besonders differenzierte politische Systeme mit zahlreichen Parteien besonders stark auf den binären Links-Rechts-Code als Mittel zur Komplexitätsreduktion angewiesen sind, weil es andernfalls kaum mehr möglich wird, präferentielle Entscheidungen zu treffen (vgl. Inglehart/Sidjanski 1976). Konkret zeigt sich dieser Zusammenhang vor allem bei den - vorwiegend in grösseren Gemeinden aktiven - "Grünen", denen es in den letzten Jahren nur dank Kultivierung einer generalisierten Linkspolition möglich war, innerhalb einer Gesellschaft, wo sich niemand mehr für Ökopolitik interessiert, dennoch konstant neue Wählerstimmen zu gewinnen.³

4. Schlussfolgerungen

Die meisten Umweltfragen haben zu Beginn der 80er-Jahre ihr Maximum an öffentlicher Aufmerksamkeit erlebt und haben seither - obwohl sie meistens ungelöst geblieben (und objektiv nicht selten noch viel gravierender geworden) sind, zugunsten "zwischenmenschlicher" Probleme konstant an Interesse und Bedeutung verloren.

In den vorliegenden empirischen Befunden drückt sich dies darin aus, dass lokale Parteisektionen aller ideologischer Richtungen im Zeitraum 1989 bis 2002 ihre Unterstützung für Umweltschutzanliegen reduziert haben: sogar die Grünen selbst, die heute weniger bereit

³ vgl. "Der Wald lebt, die Grünen halten durch." (in: Neue Zürcher Zeitung, 23. 05. 2003: 13).

sind, Umweltschutz auf Kosten wirtschaftlicher Nachteile zu betreiben. Allerdings konzentriert sich dieser Wandel weitgehend auf die Parteien der Mitte und des rechten Lagers, während linke Gruppierungen ausschliesslich im deutschen Sprachraum eine Abwendung von der Ökopolitik vollzogen haben.

Dieser Ideologiewandel im linken Spektrum trägt zusätzlich zur überaus antiökologischen Tendenz der Rechten dazu bei, dass sich die deutsche Schweiz heute - im diametralen Gegensatz zu den 80er-Jahren - insgesamt als Region mit dem geringsten Umweltbewusstsein präsentiert.

Bei einem Vergleich verschiedener Gemeindegrössen zeigt sich, dass es sich bei der Abwendung von Umweltschutzanliegen um eine sehr generelle, von konkreten lokalen Problemsituationen unbeeinflusste Entwicklung handeln muss, die mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Werte- und Ideologiewandel im Zusammenhang steht. Interessanterweise handelt es sich bei der antiökologischen Wendung der Rechten um ein vor allem in Städten ausgeprägtes Phänomen, während der Wandel der Linken genau umgekehrt in den Kleingemeinden am deutlichsten in Erscheinung tritt.

In der enger werdenden Verknüpfung von ökologischen Einstellungen mit Links-Rechts-Positionen zeigt sich, dass ökologische Anliegen in der Masse, wie sie als Zeitgeisterscheinungen in der allgemeinen Öffentlichkeit deaktualisiert worden sind, in immer ausschliesslicher Weise nur noch im ideologisierten Linksmilieu eine sichere Überlebensbasis finden.

Ebenso bestätigt sich darin erneut die Feststellung Ingleharts, dass seit der Französischen Revolution die meisten neu auftretenden politischen Fragen früher oder später an die Links-Rechts-Achse assimiliert worden sind – so dass kein Anlass zur Hoffnung (oder Befürchtung) besteht, dass dieses konventionelle eindimensionale politische Ordnungsprinzip obsolet werden (oder auch nur durch gleichwertige Querachsen ergänzt werden) könnte (vgl. Inglehart 1989). Dieser Trend zur eindimensionalen politischen Ideologisierung ist in der deutschen Schweiz weitaus am stärksten vorangeschritten: vor allem in den Städten, wo grosse die Vielfalt politischer Parteien, Kandidaten, Programme und Issues wahrscheinlich derartige Simplifizierungen erzwingt. Es fragt sich, wie im Sog dieser Entwicklungen überhaupt noch ein umweltpolitisches Argumentieren, Entscheiden und Handeln möglich ist, das sich primär an *sachlichen* Anforderungen (z. B. am objektiv herrschenden Problemdruck) statt an rein *ideologischen* Rücksichtnahmen orientiert.

Literatur

Diekmann, Andreas / Franzen Axel (1997): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in der Bevölkerung. In: Umwelt in der Schweiz 1997. Bern: Bundesamt für Statistik.

Geser (1998) Toward a One-Dimensional Ideological Culture? (in: Clark. T. N. / Hoffman- Martinot Vincent (eds.) The new Political Culture (Westview Press Boulder Co. 1998, pp.235-260).

Geser, Hans (2003) Am Ende der bürgerlichen Gemeinsamkeiten? Aktuelle Entfremdungssymptome zwischen der FDP und der SVP. Zürich, März 2003 http://socio.ch/par/ges_03.html

Inglehart, Ronald /, Sidjanski Dusan, (1976). The Left, the Right, the Establishment and the Swiss Electorate. In: Budge, Ian et. Al. (Hrsg.). Party Identification and Beyond. Wiley. & Sons, London, S. 225-242.

Inglehart, Ronald (1989) Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt. Campus, New York / Frankfurt 1989.